

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Ausland zur deutschen Krise.

Paris, 12. Oktober. (W.F.B.) Der Exodus der Deutschnationalen, durch den die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz verhindert wurde, wird von der französischen Presse besprochen. „Matin“ betrachtet die Lage als äußerst ernst. Sie erfordert von der Regierung ein Regime an Autorität. Die Obstruktion beweist, daß der sogenannte Patriotismus der Nationalisten gesunken sei, denn sie trete in dem Augenblick in die Erscheinung, in dem die Marktkatastrophe alle Grenzen übertreffe. Philippe Millet schreibt im „Petit Parisien“, wenn die in Aussicht genommenen Maßnahmen mit der notwendigen Energie durchgeführt würden, könne Deutschland zweifelsohne noch aus dem augenblicklichen Chaos herausgeführt werden. Wenn aber der alte Kompromißgeist, der immer die deutschen Regierungen gelähmt habe, wieder Oberhand gewinne, dann werde der neue Kanzler sich verdrängen wie die vorausgegangenen. Das weiteste Entgegenkommen Frankreichs würde ihn nicht vor dem Gescheit retten können, das ihn erwartete. „Ere Nouvelle“ erklärt, das, was sich gestern im Reichstag vollzogen habe, veranlasse sie, noch einmal zu sagen, daß es Pflicht der französischen Regierung sei, den Reichskanzler zu unterstützen, der nach Ansicht der unparteiischen Beobachter die einzige Persönlichkeit in Deutschland sei, mit der man noch verhandeln könne. Der französische Ministerpräsident scheint nunmehr für den Wahn des Separatismus gewonnen zu sein. Der eminente Gesandte Dard, der in München nichts gesehen und nichts gewußt habe, habe ihm auch Wunder von dem Bruch Bagerns mit dem Reich versprochen. Dem Pariser Kabinett bleibe nur noch wenig Zeit übrig, um die Reparationen zu retten.

Englischer Pessimismus.

London, 12. Oktober. (W.F.B.) „Times“ führt in einem „Das deutsche Chaos“ überschriebenen Leitartikel aus, der Reichstag habe beschlossen, sein eigenes Begräbnis für den Augenblick zu verschleppen. Wie lange er dazu in der Lage sein werde, sei jedoch fraglich. Die Leiter Deutschlands ständen einer furchtbaren Aufgabe gegenüber. Zweifellos bestehe eine Parallell in Frankreich ebenso wie in Belgien, die darauf erpicht sei, das Wesige des Reiches durch die Entziehung autonomer Staaten in Bayern, im Rheinland und vielleicht auch anderswo gelockert zu sehen.

„Westminster Gazette“ schreibt, die politische Krise in Berlin wurde akuter. Inzwischen beobachte Polnarski trotz der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet des

Hintreiben zu dem Chaos

und weigere sich sogar, mit Berlin Vereinbarungen für eine Wiederaufnahme der Arbeit zu treffen. Augenblicklich komme aus Paris kein Anzeichen jener konstruktiven Politik, die den Zusammenbruch Deutschlands abwenden könnte, und von der man hoffte, daß sie auf die Einstellung des passiven Widerstandes folgen würde. Die britische Regierung warte darauf, daß Paris die Initiative ergreife, aber es sei schwer zu sehen, wie Großbritannien mit Würde die Haltung passiver Erwartung aufrechterhalten könne, während Ereignisse, die seine Interessen vital berührten, stattfänden. Westminster Gazette hofft, daß die jetzt im Gange befindlichen Erörterungen auf der Reichskonferenz der feststehenden Periode der Unentschiedenheit, die auf die letzte britische Note an Frankreich gefolgt sei, ein Ende bereiten und zu der Formulierung einer endgültigen und aktiven Politik führen werden.

Ein amerikanischer Finanzplan.

Paris, 12. Oktober. (E.C.) Wie der „New York Herald“ meldet, wurde ein neuer Plan, Deutschland finanzielle Hilfe zu leisten, von den amerikanischen Bankiers Jesse und Winburn und verschiedenen anderen amerikanischen Interessenten der deutschen Regierung vorgelegt. Die Winburn dem Korrespondenten des genannten Blattes erklärte, geht der Plan davon aus, daß in New York allein das deutsche Eigentum einen Wert von 500 Millionen Dollar darstellt. Diese Summe kann als Garantie für eine Anleihe von 100 Millionen Dollar verwendet werden, die nach Deutschland geschickt, dort in Umlauf gebracht und so dem deutschen Volk das Vertrauen in die Währung bringen würde. Die Reichsregierung hätte dem Plan großes Interesse entgegengebracht und ihren Vertreter in Washington beauftragt, die Verhandlungen hierüber fortzuführen.

Inflationspolitik in England?

London, 12. Oktober. (E.P.) Laut „Daily Express“ hat sich das Schahamt endgültig zur Inflation entschlossen. Es sei der Ansicht, daß die bisherige Politik, die Parität des Sterlingkurses mit dem Dollarkurs herbeizuführen, zum größten Teil an der englischen Arbeitslosigkeit schuld sei.

Die Finanzzeitungen bekämpfen im allgemeinen die Ansicht der Regierung, zu einer Inflationspolitik Zuflucht zu nehmen, um letzten Endes die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die „Financial Times“ schreiben, daß allerdings einige englischen Industriellen Anhänger des Inflationsprojektes seien. Die große Mehrheit der englischen Industrie sei aber der Ansicht, daß dieses Projekt abenteuerrisch sei und daß es lächerlich wäre zu glauben, daß der Sterlingkurs infolge dieser Inflationspolitik genügend fallen kann, um der englischen Industrie zu erlauben, die verlorenen Weltmärkte wieder zurückzuerobieren. Dieses Ergebnis könne nicht in einer Nacht wie durch Zauberschlag erreicht werden. Das Vernünftigste, was die englische Regierung tun könne, wäre die Unterstützung der Privatunternehmen, die imstande wären, Arbeitslose zu beschäftigen. Im übrigen ist der Sterlingkurs in New York durch die Redung

über die Inflationspolitik der englischen Regierung keineswegs beeinflusst worden. Das Schahamt hat seinerseits eine Umfrage über die Inflation in den Finanz- und Industriekreisen vorgenommen, insbesondere beim Bund der britischen Industriellen.

Polnische Sorgen.

Warschau, 12. Oktober. (W.F.B.) Wie die Blätter melden, erstatteten Ministerpräsident Witos, Minister des Innern Kiernik und Finanzminister Kucharzki in einer Sitzung des parlamentarischen Klubs der Volkspartei Bericht über die innere und äußere politische Lage des Staates. Ministerpräsident Witos wies darauf hin, daß der gegenwärtig in Deutschland sich abspielende Bürgerkrieg (1) bald darüber entscheiden werde, ob in Deutschland die Monarchisten oder die Kommunisten Oberhand bekommen werden. Rußland verhalte sich dazu nicht gleichgültig und konzentriere an seiner Westgrenze Truppenabteilungen. Polen befinde sich infolge seiner geographischen Lage in einer Situation, welche keine Schwächung der inneren Verhältnisse zulasse. Die innere Lage des Staates sei nicht erfreulich. Unter den nationalen Minderheiten, welche 50 Proz. der Bevölkerung ausmachen, seien antisozialistische Tendenzen bemerkbar und die Kommunisten entwickelten in der letzten Zeit eine rege Agitation, die sich besonders in der Streikagitation zeigte. Diese innere und äußere Währbarkeit habe den katastrophalen Sturz der polnischen Mark verursacht. Die Regierung sei sich des Ernstes der Lage bewußt und gerade deshalb entschlossen, auf ihrem Posten zu verharren, um den Staat aus seiner kritischen Lage zu retten. Die Regierung werde nicht zurücktreten, es sei denn, daß sie gestürzt werde. — Minister des Innern Kiernik erklärte, daß das Zentrum der antisozialistischen Agitation die westlichen Gebiete Polens seien. Finanzminister Kucharzki versicherte, das Gleichgewicht des Staatshaushaltes werde in der aller nächsten Zeit erreicht werden und künftige Fehlbeträge würden durch eine Auslandsanleihe gedeckt werden.

In der Vollziehung des Sejm's hielt Kucharzki eine Rede über die Finanzlage Polens, in der er die Maßnahmen der Regierung zur Stabilisierung der Wälua und zur Herbeiführung eines intensiveren Zuflusses der Steuern erörterte und die bevorstehende Gründung einer Präsidentschaft für Emission ankündigte.

Die britische Reichskonferenz.

London, 12. Oktober. (E.C.) Im Verlauf der beiden Sitzungen, die die britische Reichskonferenz gestern abhielt, gab Lord Curzon eine Erklärung ab über die durch das Verbrechen von Sanina geschaffene politische Lage, und Lord Cecil berichtete über die Arbeit des Völkerbundes. Die Vertreter der Dominions legten darauf die Ansichten ihrer jeweiligen Regierungen dar über die vom Völkerbund anzuwendende Methode, um das Ziel der Völkerorganisation zu verwirklichen. Von sämtlichen Dominions ist hierbei mit Energie der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, daß die englische Regierung den Völkerbund in jeder Weise unterstütze. Die Reden Lord Cecils und der verschiedenen Premierminister werden heute veröffentlicht werden. Unwahrscheinlich ist es vorläufig noch, ob auch die Ausführungen Lord Curzons der Presse übermittelt werden. Die allgemeine Aussprache über die Ausführungen Lord Curzons über die auswärtige Politik bleibt weiterhin auf Montag festgesetzt. Man erwartet für diesen Tag interessante Ausführungen des englischen Außenministers.

Leichte Markbesserung.

Dollar 4 Milliarden.

Der heutige Devisenverkehr stand zunächst noch unter der Nachwirkung der gestrigen sehr reichlichen Zuteilungen. Die hieron betroffenen Firmen nahmen noch weiter Abgaben vor. Regierung und Reichsbank sind anscheinend entschlossen, bis zur Veröffentlichung der Verordnungen über die Währungsreform den Dollar unter Druck zu halten, um neue katastrophale Steigerungen zu verhindern. Damit hängt auch die ziemlich große Abgabe der Reichsbank in Dollarschahamweisungen und Goldanleihen zusammen. Im übrigen sind neue Momente, die für die Bewertung der Devisen maßgebend sein könnten, nicht herorgetreten. Die politische Lage gilt als unverändert ernst. Auch den mit großem Optimismus erfüllten amtlichen Äußerungen über die Aussichten amerikanischer Kredithilfe steht die Börse auf Grund privater Informationen sehr skeptisch gegenüber. Amtlich notierte der Kabel New York mit 4 Milliarden bei voller Zuteilung und London mit 18 Milliarden bei ebenfalls voller Zuteilung. Alle Devisen mit Ausnahme Frankreich sind voll zuteilte.

Für den Effektenverkehr waren in erster Linie die immer schwieriger werdenden Geldmarkterhältnisse, die Ankündigung der Aufwertung der Steuern und die noch ungeklärten politischen Verhältnisse maßgebend. Durch den bereits gemeldeten Zusammenbruch einer hiesigen Bankfirma ist ebenfalls eine gewisse Unsicherheit in den Effektenverkehr gekommen. Außerdem beobachtete man erhebliche Verkäufe aus Industrie- und Handelskreisen, die offenbar den Zweck haben, flüssige Mittel für Lohnzahlungen und dergleichen zu beschaffen. Die Tendenz der Effektenkurve war anfangs wesentlich abgeschwächt, im weiteren Verlaufe trat jedoch ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung ein. Die Tendenz wurde fest und die anfänglichen Kursenkungen wurden größtenteils wieder aufgeholt.

Die beiden Fronten.

Zur morgigen Entscheidung im Reichstag.

Deutschnationale, Völkische und Kommunisten haben gestern im Reichstag eine widerwärtige Komödie aufgeführt, indem sie sich als die Schützer des Parlamentarismus aufspielten, dessen Feinde sie sind. Was diese Parteien miteinander vereint, ist, bei aller Gegenfährlichkeit der Klassenziele, die Verachtung der Demokratie und des Parlaments, das Streben nach einer Diktatur. Sie geraten in Widerspruch mit sich selbst, wenn sie ein Ermächtigungsgesetz, das gewisse Rechte des Parlaments an eine parlamentarische Regierung delegiert, mit der Miene sittlich entrüsteter Heldenväter bekämpfen. Wer dem Parlament gewaltam jedes Recht nehmen will, ist der letzte, der das Recht hätte, Klage darüber zu führen, daß sich das Parlament zugunsten seiner Vertrauensmänner eines Teils seiner Rechte freiwillig begeben will.

Das Ermächtigungsgesetz bedeutet keine Abgabe an Demokratie und Parlamentarismus. In jeder demokratischen Organisation gibt es engere Körperschaften, denen die Ausführung des Gesamtwillens übertragen wird. Ob einzelne Fragen im engeren oder im weiteren Kreis entschieden werden, ist lediglich eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit, wobei der Grundsatz aufzustellen ist, daß der Kreis desto enger gezogen werden muß, je stärker der Zwang zu raschen Entschlüssen wird.

In normalen Zeiten, in denen sich die Verhältnisse nur langsam verändern, ist es möglich, die Entscheidung einem weiteren Kreise anzuvertrauen, weil es dabei auf Tage oder Wochen nicht ankommt. Heute sind die Dinge in eine sich überstürzende Entwicklung gekommen, die Not der Massen ist aufs höchste gestiegen. Rasche Entschlüsse sind notwendig. Da entspricht es nur dem Wesen des demokratischen Parlamentarismus, daß die Fassung dieser Entschlüsse denen übertragen wird, die sich auf das Vertrauen einer Mehrheit der Volksvertretung stützen. Treten dann wieder ruhigere Verhältnisse ein, so kann die frei gewählte Volksvertretung wieder ihre vollen Rechte zurücknehmen, und es gibt, so lange die Vertretung gilt, keine Macht, die sie daran hindern könnte.

Das Ziel der Opposition von rechts und links ist die Aufrichtung einer Diktatur, die sich ohne Rücksicht auf Wahlergebnisse und Beschlüsse der Volksvertretung lediglich auf die Gewalt stützt. Die einen holen aus Rußland, die anderen aus Italien und Spanien ihre Vorbilder. Auf der anderen Seite stehen die Beispiele Englands, Amerikas und Frankreichs. Vergleich und geschichtliche Erfahrung lassen keinen Zweifel daran, daß sich die demokratischen Systeme dieser Länder besser bewährt haben, als die autokratischen Experimente, die in den letzten Jahren in Rußland, Italien und Spanien gemacht worden sind.

Die Arbeiterklasse hat noch nirgends ihre eigenen Klassenziele erreicht. Sie ist von ihnen in Rußland mit seiner zurückgebliebenen kapitalistischen Entwicklung, mit seiner geringen Industriebevölkerung und ihrer politischen Ohnmacht vielleicht noch am allerweitesten entfernt. Die Frage ist, ob sie bessere Aufstiegsmöglichkeiten hat, wo jeder ihrer Angehörigen mit seiner Stimme an der Bildung des Staatswillens frei und gleichberechtigt mitwirken kann oder dort, wo ihr die Aufstiegsmöglichkeiten gewaltam verperrt sind.

Die äußerste Rechte kämpft gegen den Parlamentarismus, weil sie in der Demokratie und im Parlamentarismus ein Mittel erblickt, durch dessen Anwendung die Arbeiterklasse ihren Willen zur Geltung bringen kann. Sie findet in diesem Kampf Bundesgenossen bei den Kommunisten. Diese wollen zwar nicht gerade absichtlich die Arbeiter der Entwicklungsmöglichkeiten berauben, die ihnen die Demokratie bietet — wären sie aber nicht vollkommen blind und verrannt, so müßten auch sie sehen, wer auf den Ausschuß des Wagens sßt, dem sie als Pferde vorgespannt sind.

In Sachsen und Thüringen haben sie sich entschlossen, mit den Sozialdemokraten Regierungen zu bilden. Es handelt sich dort um die Bildung verfassungsmäßiger Regierungen, die sich auf Parlamentsmehrheiten stützen. Diese Mehrheiten sind zwar knapp, so knapp, daß nur der unbedingte Fraktionszwang die neuen Regierungen vor dem Sturz retten kann, aber sie sind da. Sie wären nicht so knapp und nicht so gefährdet, wenn nicht die kommunistische Spaltungsarbeit die Macht der Arbeiterklasse untergraben hätte. Dann hätte die Sozialdemokratie in diesen Industrieländern eine sichere Mehrheit.

Es geht aber nicht an, daß man ein politisches Prinzip bejaht, wo man mit seiner Hilfe einen Anteil an der Macht gewinnen kann, und daß man es verneint, wenn dieser Erfolg ausbleibt. Die Sozialdemokratie hat nicht nur in Sachsen und Thüringen, sondern allgemein das Prinzip der parlamentarischen Demokratie, das ihrem Programm entspricht, anerkannt. Wo ihr die Anwendung dieses Prinzips noch nicht die alleinige Macht sichert, ist es für sie eine Frage taktischer Zweckmäßigkeit, ob sie den anderen die Macht überlassen oder sich mit anderen Parteien zu einer Mehrheit vereinigen und damit ein Stück der Macht ergreifen soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen den bürgerlichen Parteien die Macht nicht allein überlassen kann, ohne die Arbeiterinteressen aufs schwerste zu schädigen. Sie ist in die Regierungskoalition im Reich eingetreten, um in ihr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrzunehmen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sie sich auch zur Annahme des Er-

mächtigungsgesetzes beschlossen, weil nur durch rasche Entschlüsse ein völliges Zusammenbrechen der Republik verhütet und wirtschaftlichen Notständen begegnet werden kann.

Ein Blick in die Presse der Rechten genügt, um zu zeigen, was gespielt wird. Die rücksichtslosen Klassenfeinde des Proletariats sind es, die im Kampf gegen das Ermächtigungsgesetz, gegen den Parlamentarismus und die Koalition die Führung haben. Nach vorne wagt allen die schwarzweißrote Hakenkreuzfahne. Und die roten Fährten mit den Sowjetfahnen kommen ganz bescheiden hinterher.

Morgen wird es sich entscheiden, ob der Ansturm dieser feilsam zusammengewürfelten Armee Erfolg hat oder nicht. Sein Erfolg würde die letzte Entscheidung an das Volk zurückgeben, und alle unsere Gedanken müssen darauf gerichtet sein, daß für diesen Fall die Sozialdemokratie einig und geschlossen in den Kampf gehen kann. Vorherst aber muß alles getan werden, um den Hebermut derer, die sich schon Sieger wähnen, zu dämpfen; denn darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit, daß es die Arbeiter wären, die die Kosten ihres Sieges zu bezahlen hätten.

Die „Kreuzzeitung“ jubelt.

Die Rechtspresse verdirgt weder ihre Freude darüber, daß ihre Freunde im Reichstag gestern dem Sieg so nahe gekommen sind, noch ihren Kummer über die Vertagung, durch die ihnen der Sieg zunächst entzogen wurde. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Es ist wahrscheinlich, daß die 20 ehemaligen Unabhängigen, die der Abstimmung über den ersten Paragraphen fernblieben, auch an der Schlussabstimmung nicht teilnehmen werden.

Es gibt gar keinen Zweifel: Nicht eine der drei großen Koalitionsparteien sieht geschlossen hinter dem Kanzler, nicht eine einzige Fraktionspartei tritt freudig für ihn ein, nicht eine hat volles Vertrauen zu ihm. Die Koalition ist brüchig, ist für den Kanzler noch unzuverlässiger, als man im generischen Lager annahm. Dr. Stresemann aber wußte es. Er wußte ferner, daß er keine Mehrheit zum Regieren hat und sein Kabinett Nr. 2 ebenso schnell zerbricht wie Nr. 1, wenn er nicht diesen Reichstag vom Halbe bekommt.

Die Schlussfolgerungen der „Kreuzzeitung“ sind ebenso falsch wie ihre Hoffnung auf ein Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Schlussabstimmung unbegründet ist. Dem Reichstag bleibt das Recht, jederzeit zusammenzutreten und die Regierung zu stürzen, wenn er mit ihr nicht zusammenarbeiten will. Durch das Ermächtigungsgesetz wird daran nichts geändert. Ebenso ist unbestreitbar, daß zurzeit eine sehr große Mehrheit hinter der Regierung steht, und der morgige Tag wird aller Voraussicht nach den Beweis dafür erbringen, daß die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vorhanden ist.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beginnt morgen, Sonnabend, um 12 Uhr. Es ist jedoch unbedingt erforderlich, daß die Fraktionsmitglieder schon ab 10 Uhr vollzählig im Hause sind. Der Fraktionsvorstand.

Ruf zur Einigkeit!

Merkung, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In einer gestern stattgefundenen Mitgliederversammlung, in der Genosse Lubwig referierte, wurde ein Beschluß gefaßt, in dem die Genossen der Fraktionsminderheit ersucht werden, sich aller Bedenken, welche sie gegen die Politik der Fraktionsmehrheit haben, im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse ihre Bedenken zurückzustellen und sich der Mehrheit zu fügen oder wenigstens die Politik der Fraktionsmehrheit zu ermöglichen.

Franszösische Senatswahlen. Am 6. Januar 1924 soll ein Drittel des Senats neu gewählt werden. Die Wahlen für die Deputiertenkammer sind für April oder Mai 1924 vorgesehen, doch steht der endgültige Zeitpunkt noch nicht fest.

Konzert im Altersheim.

Von Karl Suckert.

Konzert ist heute angefangen. Im Altersheim ist alles in höchster Aufregung. Eine halbe Stunde vor dem Anfang ist der Saal schon fast gefüllt.

Alle gebrechliche Männlein und Weiblein in großer Zahl kommen noch immerzu die langen Fure entlang. Bei vielen kann von einem „Gehen“ nicht mehr gesprochen werden, sie kommen nur geschlichen. Keiner will fehlen; jeder nimmt seine letzte Kraft zusammen, um ein wenig von dem Licht zu erhalten, das ein kleiner Kreis von Musikliebhabern in das Einerlei des Anstaltslebens bringen will.

Viele dieser alten Leuten kennen den Gebrauch ihrer Beine überhaupt nicht mehr; sie müssen aber auch dabei sein. Liebevoll sind sie vom Pflegepersonal in ihren Fahrsitzeln in den Saal gefahren; andere sind mit ihrem Bett, an das sie bis an ihr jedesfalls nicht mehr zu fernem Ende gefettet sind, hineingetragen worden. Es darf eben keiner fehlen.

Gespannt sind die Stühle nach vorn gerichtet; alles ist in Erwartung. Als erstes Stück erklingt ein stotter Marsch. Lauter Beifall ist der Dank. Nur heitere Weisen erklingen weiter; sie sollen die an der Schwelle des Todes Stehenden eine kurze Zeit der traurigen Gegenwart entziehen. Ein Potpourri wird gespielt. Eine alte Volkswaise wechselt mit der anderen ab: Kommt ein Bagerl geflogen... Ah, wie ist's möglich dann... Ein Schwäbischer Ländler (von allen geliebt)... Großmütterchen...

Wie leuchten die Augen hell und fröhlich auf. Man merkt es, daß es einigen in den Beinen zu zucken anfängt; sie wiegen sich mit der Melodie mit und möchten sich wohl noch einmal im Tanze drehen — aber es geht nicht mehr. Der Herbst des Lebens verbleibt es.

Und das ist eigentlich gut so. Tanzen können sie nicht mehr; sie wissen aber auch dafür nichts von dem Winter, der über die Menschheit hereingebrochen ist. Sie haben sich keine Sorge über die Notdurft des schalen Lebens zu machen; sie wissen nichts von den ungeheuerlichen Zahlen, die jedes Kinderhirn schon zu markieren anfangen und die uns vorzutauschen versuchen, wir hätten noch „Geld“.

Zwei alte Männlein unterhalten sich über irgend etwas. „Das wird wohl ein paar hundert Mark kosten!“ sagte der eine; und der andere antwortet sinnend: „Na ja... hundert Mark... ist ja auch ein ganz schönes Stück Geld.“

Fast klingt es wie aus Kinderland. —

Die Akademie der Künste eröffnet ihre große Schmarz-Weiß-Konzerte am Sonnabend, den 13. 12 Uhr vor geladenem Publikum. Am gleichen Tage von 2 Uhr ab ist die Ausstellung allgemein zugänglich. Es ist kostenfrei täglich von 10 bis 5 Uhr geöffnet.

Zeigners Regierungserklärung.

Dresden, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Sitzung des Landtages wurde um 11 Uhr eröffnet. Zur Geschäftsordnung teilte der kommunistische Abgeordnete Sievers mit, daß in Leipzig 1000 schwarze Reichswehrsoldaten vom Reichswehrregiment 11 eingekleidet worden sind und 1500 Mann noch eingekleidet werden sollen. Diese Leute sollen nach Aue und Dresden gebracht werden. Der Redner forderte die Regierung auf, diese Banden sofort zu verhaften. Sodann erhielt

Ministerpräsident Zeigner

das Wort zu seiner Regierungserklärung. Er teilte eingangs mit, daß die neuen kommunistischen Mitglieder des Kabinetts sowie der letzten ernannte Justizminister Reu inzwischen den Eid auf die Verfassung geleistet haben und führte dann weiter aus:

Die neugebildete Regierung ist die Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. Die werktätigen Schichten ganz Deutschlands sind auf das schwerste bedroht. Herr Dr. v. Rahr und Graf Westarp haben das Lösungswort gegeben: „Nieder mit dem Sozialismus!“ und damit nicht nur dem Sozialismus und der Arbeiterklasse, sondern allen proletarischen und republikanischen Schichten den Kampf angelegt. Diese Kreise hinter dem bayerischen Generalstaatskommissar und der deutschnationalen Partei verschleiern kaum noch ihre wirtschaftlichen und militärischen Vorbereitungen für die Niederschlagung der werktätigen Bevölkerung. Das Großkapital in Industrie, Finanz und Landwirtschaft ist zur Offensive übergegangen. Viele Tausende von Arbeitern und Angestellten sind auf die Straße geworfen worden. Sie sollen durch eine radikale Hungerkur willfährig gemacht werden gegenüber jedem Ausbeutungselbstzug und Herrschaftsinflinken. Schwerindustrielle Kreise des Ruhrgebietes diktiert den Zentralverband und verhandeln gleichzeitig mit den französischen Okkupationsbehörden in der kaum noch verhüllten Absicht, sich auf fremde Bajonette gegen deutsche Arbeiter zu stützen. Der Zusammenbruch der inneren und auswärtigen Politik dieser Kreise soll verschleiert, die furchtbaren Schäden dieser Politik sollen auf die großen Massen abgewälzt werden. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung: Sie wird sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen. Ihre besondere Sorge soll den Kernschaften, alle den proletarischen Schichten, welche ohne staatlichen Schutz überhaupt zugrunde gehen müssen.

Gestützt auf die Arbeiter und Angestellten, die Beamten, die Angehörigen der freien Berufe, Kleinbauern und die sinkenden Mittelschichten will sie die Gefahr einer großkapitalistischen Militärdiktatur bannen, welche greifbar vor uns steht. Sie wird dabei alles versuchen, um eine solche Diktatur zu verhindern und den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Das kann aber nur gelingen, wenn die Bevölkerung selbst sich trotz der Einschränkung der Pressefreiheit nicht irreführen läßt, wenn sie einig ist in der geschlossenen Abwehr aller Diktaturgefahr.

Um ihre Abwehrkämpfe führen zu können, wird die sächsische Regierung den Staatsapparat weiter energisch säubern von allen, die für die versorgungswidrige Diktatur des Großkapitals offen oder verdeckt tätig sind. Sie rednet bei ihrem Kampf gegen die Feinde der Republik nicht nur mit den staatlichen Machtmitteln, sondern erwartet opferbereite Mitarbeit aller proletarischen Schichten und ihrer Organisationen. Diese Organisationen mit allen Kräften zu fördern, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein.

Im Reich wird die sächsische Regierung sich mit aller Energie dafür einsetzen, daß wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen ergriffen werden, um den Verfall der Mark, unserer Staatsfinanzen, der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu bannen. Mit aller Energie wird sie für die Erfassung der Schwermere, für die Produktionskontrolle unter Mitwirkung der werktätigen Bevölkerung, für die Erhaltung des Zentralverbandes und die Erfassung der Devisen einreten. Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Rechte der Arbeiter, vor allem der Betriebsräte und Gewerkschaften geschützt und erweitert werden. Sie erwartet ihrerseits die Unterstützung der gesamten schaffenden Bevölkerung. Innerhalb ihres Machtbereiches wird sie mit allen zur

Verfügung stehenden Mitteln gegen unehrerlässige Betriebsstillegungen einschreiten und Maßnahmen ergreifen, welche die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe ermöglichen. Bei der Reichsregierung wird sie nachdrücklich wie bisher auf ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und zeitgemäße Erhöhung der Renten der Kriegsverletzten, Hinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner hinwirken. Es wird weiter ver sucht werden, die Lebensmittelversorgung durch Beschaffung von Brotgetreide und Kartoffeln aus anderen Ländern sicherzustellen. Mit banger Sorge gedenken wir des kommenden Winters.

Durch die rücksichtslose Interessenpolitik der großkapitalistischen Kreise Deutschlands und durch das dreiste Auftreten der sächsischen Organisationen ist

die Einheit des Reiches auf das schwerste bedroht.

In Bayern und im befohlen Gebiet erhebt der Separatismus sein Haupt. Monarchisten und Schwerindustrielle verbinden sich mit dem Landesfeind, um ihre Profit-herrschaft weiterhin aufrechterhalten zu können. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung: Wir stehen zum Reich und werden für die Einheit Deutschlands bis zum äußersten kämpfen. Wir sind überzeugt, daß unser Ruf zur Sammlung und zur Abwehr im gesamten Volk Widerhall finden wird. Wir erwarten von der Disziplin und dem Opfermut des Volkes, daß es gelingen wird, über alle Volksfeinde zu siegen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurde von deutschnationaler Seite folgender Mißtrauensantrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung Zeigner hat nicht das Vertrauen des Landtages.“ Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag mittag 1 Uhr vertagt. Auf die Tagesordnung wurde die Besprechung der Regierungserklärung und des deutschnationalen Mißtrauensantrages gesetzt.

Der Wiederaufbau im Ruhrgebiet.

Essen, 11. Oktober. (W.B.) Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes erfahren wir: Die Auffassungen, die in der halbamtlichen französischen Erklärung zum Ausdruck kommen, werden im Ruhrgebiet nicht geteilt. Die französische Politik, mit einzelnen Gruppen zu verhandeln, erleidet nicht, sondern erachtet die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit. In weiten Kreisen der Bevölkerung, ebenso wie bei einzelnen hervorragenden Führern der Wirtschaft und der Arbeiterklasse besteht die ernsteste Besorgnis, daß bei derartigen Verhandlungen jetzt und in der Zukunft neue Schwermereigkeiten nicht werden vermieden lassen. Das gilt sowohl für diejenigen, die solche Verhandlungsmethoden fordern, als auch für die Gruppen, die darauf eingehen. Wenn die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet wirklich erfolgen soll, so muß von deutscher und französischer Seite alles vermieden werden, was neue Erregungen in die Bevölkerung bringen würde.

Im übrigen sind gewisse Hemmungen der Arbeitsaufnahme und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens noch immer zum größten Teil auf französische Bedingungen und Maßnahmen zurückzuführen. So wird jetzt von den Beamten der stillgelegten Post- und Telegraphenämter im Ruhrgebiet die Anerkennung von Verordnungen der Rheinlandkommission verlangt, die einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte darstellen. Ohne derartige völlig zweifelhafte Forderungen wäre man heute bereits viel weiter; dazu kommt, daß die behördlichen Einrichtungen der Franzosen für den komplizierten Wirtschaftsorganismus des Ruhrgebietes äußerst unzulänglich sind. Das gilt im besonderen von der Ein- und Ausfuhrstelle in Essen, die überhaupt nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben zu bewältigen. Endlich machen die hemmenden Ein- und Ausfuhrbestimmungen der Besatzungsbehörden eine schnelle Wiederkehr normaler Zustände ebenfalls unmöglich. Diese Bestimmungen machen vor Aufgabe des passiven Widerstandes einen Zweck als politisches Kampfmittel haben, für ihre Weiterbeibehaltung besteht aber jetzt kein Grund mehr, es sei denn, daß sie den Franzosen auch jetzt noch als politischer Zweck der Abschneidung dienen sollen. Alle Maßnahmen, die aber auf eine solche Abschneidung hinarbeiten, verhindern in gleicher Weise den Wiederaufbau der Wirtschaft an der Ruhr.

Der liebe Gott und die Monarchisten.

Es ist wohl die neueste Spezialität der österreichischen Monarchisten, daß sie den lieben Gott um seine freundliche Unterstützung bei der Wiederaufrichtung der Monarchie bitten. Sie haben diese Lage in Wien folgende gedruckte Mitteilung an ihre Mitglieder versandt:

Kaisertreue Volkspartei.

Sitz: Gastwirtschaft Alter Silbergülden, I., Bollgasse 8.

Sonntag, den 14. Oktober 1923, halb 9 Uhr vormittags

feierlicher Bittgottesdienst

in der Peterskirche, I., Petersplatz, mit großer geistlicher Assistenz, Festbesuchung, großer Chormusik und patriotischer Festpredigt.

für die baldige Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich.

!! Erscheinen ist Ehrenpflicht !!

Der Egetuis-Ausschuß

der Kaisertreuen Volkspartei.

Wir vermuten, daß trotz des Bittgottesdienstes mit Festbesuchung die Habsburger nicht wiederkehren werden. Denn der liebe Gott hat, wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, für deutsche Herrscherfamilien nicht viel übrig. Vielleicht wenden sich die Kaisertreuen aus dem Alten Silbergülden einmal versuchsweise an Wotan. Dessen Weigen blühte einst in den Zeiten der Barbarei und er hat sicher ein reges Interesse an der Wiederaufrichtung von Kaiserthronen.

Die Macht der Zeitungsanzeige.

Das Ende des langen Zeitungsstreits, der in New York geherrscht hat, ist von niemandem mit größerer Freude begrüßt worden als von den Kaufleuten und Bankiers. Die New Yorker Geschäftswelt ist sich darüber einig, daß sie durch das Richterurteil der Zeitungen ungeheure Verluste erlitten hat. Es war ihnen einfach nicht möglich, mit ihren Kunden in dauernder Beziehung zu bleiben, und das Fehlen der Anzeigen wirkte äußerst ungünstig auf den Besuch der Geschäfte.

Für die Wichtigkeit der Annoncen ist die Tatsache bezeichnend, daß an jedem Wochentag für etwa 200 000 Dollar in den New Yorker großen Zeitungen annonciert wird, und an jedem Sonntag für über 400 000 Dollar. Am ersten Tage nach dem Streik hatte die New Yorker „Times“ 286 Spalten Anzeigen in ihrer Ausgabe von 48 Seiten; sie mußte aber noch 500 Spalten mit Anzeigen, die für die erste Ausgabe aufgegeben waren, zurückstellen. Die großen Geschäfte und Bankhäuser haben alles mögliche versucht, um die Zeitungsanzeigen zu ersetzen. So wurden in die Schaufenster große Tafeln gestellt, die die Anpreisungen enthielten; die Wände der Geschäftshäuser waren über und über mit Plakaten bedeckt. Man schickte große Kolonnen von Leuten durch die Straßen, die Reklame-Plakate herumtrugen. Ein großes Warenhaus entschloß sich sogar dazu, eine eigene tägliche Zeitung herauszubringen, die nur Anzeigen ent-

hielt, und diese Zeitung wurde unentgeltlich auf den Straßen und in den Zeitungsbuden verteilt. Andere Geschäfte schickten jeden Tag durch die Post Ankündigungen an ihre Kunden, und als diese Aufforderungen nicht genügend zogen, schickte man sogar Telegramme und etliche „Kochbriefe“ in die Häuser, um zu den billigen Ausverkaufsläden einzuladen.

All diese Anstrengungen, die Käufer herbeizuladen, hatten aber nicht den Erfolg, den eine einzige Zeitungsanzeige sonst aufweist. Die Frauen bemühten sich besonders viel die Anzeigen, die sie in der Zeitung finden, und aus denen sie sich das ihnen Zufogende herausuchen können. Großen Vorteil hatten die Geschäfte in den Vorstädten von dem Streik, da die Vorstadt-Zeitungen weiter erschienen und sie ihre Ausverkäufe anzeigen konnten. Viele Geschäftsfirmer annoncierten in den Blättern von Philadelphia, weil diese auf dem schnellsten Wege nach New York gebracht und viel gekauft wurden.

Terminologie der Mischrasen. Die akute Entzündungs-krisis, die Frankreich durchzieht, läßt den Franzosen angezeigt erscheinen, sich einsehender, als es bisher geschah, mit dem Massenproblem zu beschäftigen, das mit dem französischen Kolonialbesitz in Zusammenhang steht. Die Frage der Zufuhr afrikanischen und asiatischen Blutes wird deshalb lebhaft erörtert, und die Ethnologen haben bereits eine vollständige Terminologie für die verschiedenen Grade der Blutmischung aufgestellt.

Danach führt das Kind eines Weissen und einer Negerin oder einer Weissen und eines Negers die Bezeichnung „Mullatte“. Das Kind eines Mulatten und einer Negerin oder einer Mulattin und eines Negers heißt „Griff“, während das Kind eines Griffs und einer Negerin oder einer Griffrin und eines Negers „Marabuz“ genannt wird. Der „Terceron“ seinerseits ist der Sprößling eines Weissen und einer Griffrin oder einer Weissen und eines Griffrin, während der „Carteron“ der Sohn eines Weissen und einer Terceronfrau oder eines Terceron und einer Weissen Frau ist.

Wenn wir Italiener auch als Kolonialmacht jüngerer Ursprungs sind als die Franzosen“, bemerkt hierzu ironisch die „Tribuna“, „so ist es immerhin beklagenswert, daß wir nach einem vierzigjährigen Kolonialbesitz in Afrika noch immer der Heberhebung des französischen Griffs und Marabuz entbehren müssen. Auch mit einer italienischen Ausgabe des Terceron sollten wir uns allmählich befremden. Mit dem Carteron hat es ja noch eine Weile, denn dieses Mischgeschöpf kommt für uns vor dem Jahre 1950 kaum in Frage.“

Der Direktor des Theaters an der Wien, Wilhelm Karsgag, ist gestern mittag gestorben.

Stiftung für die Staatliche Hochschule für Musik. Die Anhänger der bekannten Klarinettenvirtuosin Gräfin Stieglitz haben sich bereit erklärt, der Staatlichen Hochschule für Musik in jedem Jahre einen Klavier für den besten Studierenden der Musikinstrumentenklasse zu überlassen. Es wird bereits in diesem Semester von Helen Gräfin Stieglitz ein Preisgeld unter den Studierenden der Klarinettenklasse der Staatlichen Hochschule für Musik, die das Preisgeld erlangt haben, stattfinden. Die Preisträger werden sich in einem Konzert auf der Festlichkeit vorstellen.

Die Buchdruckerkosten sind um 15 bis 100 Millionen.

Der Kartoffelwucher.

Erklärung des sächsischen Wirtschaftsministeriums.

Das sächsische Wirtschaftsministerium besetzt sich in einer längeren Darlegung mit den Zuständen auf dem Kartoffelmarkt. Nach einem Telegramm des „B. L.“ heißt es darin:

„Es rächt sich sehr bitter, daß die Reichsregierung sich hartnäckig geweigert hat, dem vom sächsischen Wirtschaftsministerium gestellten Antrag auf Einführung einer Kartoffelumlage stattzugeben. Die Zustände, die sich nun auf den Kartoffelmärkten entwickelt haben, übersteigen auch die ärgsten Befürchtungen, die gehegt wurden. Die landwirtschaftlichen Erzeuger in den verschiedensten Kartoffelproduktionsgebieten Deutschlands lassen jeden Funken sozialen Wohlwollens in dieser schweren Zeit völlig vermissen. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat festgestellt, daß die Hauptschuld an den wahnwitzig hohen Preisen die Landwirtschaft trifft, während dem Großhandel unannehmbare Gewinne in allen Fällen, die gewissenhaft nachgeprüft wurden, keineswegs nachgehakt werden konnten. Bezeichnend für die Zustände bei den Feststellungen, die das Bundesgericht am 8. Oktober in der Dresdener Großmarkthalle gemacht hat. An diesem Tage war der Großhandelspreis für einen Zentner Kartoffeln 400 Millionen Mark (heute ist er natürlich weit höher). Es stellte sich heraus, daß von dem Erzeuger bereits an diesem Tage ein Preis von 2,10 Goldmark zu einem fingierten Dollarkurs von einer Milliarde, d. h. von 500 Millionen Mark für den Zentner gefordert wurde. Weiter wurde festgestellt, daß sich besonders die landwirtschaftlichen Erzeuger in Schlesien und der Mark Brandenburg außerordentlich selbstherrlich verhalten. Da die Kartoffeln sofort bezahlt werden müssen, die Auftraggeber aber derartige Mengen Bargeld nicht zur Verfügung haben, so geben diese ein Scheckbest mit unterschriebenen Blankoschecks mit. Die Erzeugergetriebe werden überlaufen von Aufkäufern aus dem Industriegebiet, vor allem Rheinland, Ruhrgebiet, Oberschlesien und aus den freien Hansestädten, die Riesensummen von Papiergeld (Blankoschecks in der Höhe eines Tisches mit Goldscheinen in Reichsbankpackung) mit sich führen. Diese Aufkäufer sind dann in der Lage, jeden Preis zu bieten, vor allem aber sofort zu bezahlen. Von den Landwirten wird meist grundsätzlich nur Bargeld in Zahlung genommen, sogar weiche Reichsbankchecks werden zurückgewiesen. Wer nicht mit ungeheuren Summen kommt, wird nicht beliefert. Feststellungen ergaben, daß auch den Landwirten bekannte Händler, die mit 50 bis 60 Milliarden Anzahlung kamen, ohne weiteres lächelnd zurückgewiesen wurden. Bei Beträgen unter 10 Milliarden wird oft überhaupt keine Quittung erteilt. Der Preis, der von den Aufkäufern gefordert wird und an den die Großlieferanten gebunden sind, liegt schon seit mehreren Tagen erheblich über 2 Goldmark. Das liegt daran, daß von den Aufkäufern aus den erwähnten Industriegebieten 2 1/2 Goldmark ohne weiteres geboten werden. Es sind sogar schon bereits 3 Goldmark für den Zentner genannt worden.“

Die Erklärung schließt: „Das sächsische Wirtschaftsministerium hat das Reichsernährungsministerium von diesen Zuständen unterrichtet und beantragt, daß das Reich höchst- und Höchstpreise für Kartoffeln festsetzt. Man geht wirklich nicht zu weit, wenn man sagt, daß dann, wenn das Reich gegen diese Unverschämtheit der agrarischen Erzeuger nicht vorgeht und die Konsumenten schützt, man nicht nur das Reichsernährungsministerium allein, sondern die gesamte Reichsregierung für alle Folgen verantwortlich machen muß, die sich daraus ergeben. Es geht um nichts an, daß ein Teil der Agrarier eine ihnen durch den Besitz an Grund und Boden, das heißt dem heiligsten und wertvollsten Gute der Nation, eingeräumte Monopolstellung in einer an Landesverrat grenzenden Weise gegen das deutsche Volk ausüben.“

Ein fröhliches Mißverständnis.

In einem Berliner Mittagsblatt wird aus dem Reichstag berichtet, daß der Kommunist und thüringische Minister Frölich gestern im Reichstage das Wort genommen habe, um gegen das Ermächtigungsgesetz zu sprechen. Das ist ein fröhliches Mißverständnis. Denn der Kommunist Frölich ist wirklich nicht identisch mit dem thüringischen Staatsminister Frölich, der ein altes Mitglied der Sozialdemokratie ist.

Die Dresdener Zweigstelle der Telegraphenunion will von einer angeblich zuverlässiger Seite gehört haben, daß eine der ersten Taten der neuen sächsischen Regierung die Abberufung des gegenwärtigen sächsischen Gesandten in Berlin Dr. Grabnauer sein werde. Nach unseren Informationen entbehrt diese Meldung jeder realen Unterlage.

Teuerungsdemonstrationen.

Am 11. Oktober. (W.B.) Im Laufe des Nachmittags kam es an verschiedenen Stellen im Stadlinnern zu größeren Menschenansammlungen. In einigen Straßen wurden Fahrzeuge mit Waren geplündert. Die Ansammlungen wurden von der herbeigerufenen Polizei auseinandergetrieben, ebenso eine größere Anzahl Arbeitsloser, die sich auf dem Heumarkt gesammelt hatten. Auf dem Perlengraben wurden Beamte mit Koks beworfen, worauf diese von der Waffe Gebrauch machten. Ob Verletzungen vorgekommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Die mit städtischen Notstandsarbeiten am Grüngürtel beschäftigten Personen legten sämtlich die Arbeit nieder und begaben sich einzeln nach dem Stadlinnern. Zurzeit herrscht Ruhe, doch werden wieder größere Ansammlungen in der Severinstraße gemeldet, wo bereits nachmittags Plünderungen vorgekommen sein sollen. Zwei Plünderer, die im Besitz von Stoffballen waren, wurden festgenommen.

Tillessen erkrankt. Der im Rathenau-Prozess zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Kapitän a. D. Karl Tillessen ist in der Strafanstalt Kottbus so schwer erkrankt, daß sich die Vornahme einer Operation notwendig gemacht hat. Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Obermeyer ist Tillessen zu diesem Zweck von Kottbus nach Leipzig übergeführt worden.

Amtliche Devisenkurse.

	12. Oktober		11. Oktober	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs
1 holländ. Gulden . . .	1556290000	1563900000	1585035000	1604075000
1 argent. Pap.-Peso . . .	1276800000	1287200000	1045975000	1054125000
1 belgischer Franc . . .	204487500	205112500	259350000	260000000
1 norweg. Krone . . .	618450000	621550000	784635000	787365000
1 dänische Krone . . .	608250000	701750000	893700000	899270000
1 schwedische Krone . . .	1045380000	1030620000	1332060000	1330400000
1 finnische Mark . . .	105735000	106285000	135860000	136340000
1 japanischer Yen . . .	1070062500	1079937500	2478800000	2480200000
1 italienische Lira . . .	179550000	180450000	229425000	230375000
1 Pfund Sterling . . .	17935000000	18005000000	22942500000	23037500000
1 Dollar . . .	3990000000	4010000000	5047350000	5072650000
1 franz. Franc . . .	239400000	240600000	305235000	308765000
1 brasilian. Milreis . . .	879050000	880950000	408750000	501250000
1 Schweizer Franc . . .	709225000	711775000	908735000	905285000
1 spanische Peseta . . .	537680000	537840000	675000000	681700000
100 österr. Kr. (gest.) . . .	5540100	5578900	7182000	7218000
1 tschechische Krone . . .	117705000	118295000	151620000	152850000
1 ungarische Krone . . .	209475	210525	269325	270870
1 bulgarische Lewa . . .	896/2500	30897500	48276500	89238500
1 jugoslaw. Dinar . . .	48383750	48616250	60948750	60661255

Die Werke unter dem Kohlenwucher.

Die fürchterliche Notlage der städtischen Werke, die am stärksten unter der schamlosen Ausbeutungspolitik der Kartelle und Syndikate zu leiden haben, wurde auch in der gestrigen Stadtordeinerungsversammlung anerkannt. In der Tat handelt es sich bei den Werken heute um Sein oder Nichtsein. Nicht weil ihre Einrichtungen veraltet und rückständig sind, sondern weil sie durch die Folgen der Geldentwertung härter getroffen werden als irgendein anderes Unternehmen.

Industrie und Großhandel und nicht zuletzt der Kohlenbergbau haben die Marktlagerung verlassen und sich auf Gold umgestellt. Das heißt, der Käufer muß am Zahlungstage die Papiermark auf Gold aufwerten, den ganzen Verlust der Markentwertung tragen. Und dabei sind die Preise von Rohstoffen und vielen anderen Waren schon weit über den Weltmarktstand gestiegen, so daß Deutschland auf einmal das teuerste Land geworden ist. Das Einkommen des Werktätigen — die Rentner sind lange ausgeschaltet — in Papiermark konnte trotz rapider Steigerung dieser Entwicklung nicht nachkommen. Der Bogen ist überspannt, die Kaufkraft erlahmt. Die öffentlichen Werke dürfen aber nicht schließen, sondern erlauten es jedermann, ob er zahlungsfähig ist oder nicht, Gas, Erdöl und Wasser zu beziehen. Sie müssen die Kohlen zu dem Bucherpreise und zu den mörderischen Zahlungsbedingungen weiterlaufen. Die Werke treiben einen Kleinhandel von riesigem Umfange und verhalten ihre Erzeugnisse an sämtliche Berliner Einwohner, die fast alle wirtschaftlich notleidend sind und nur in Papiermark zahlen können. Selbstverständlich müssen die Werke mit ihren Preisen von Woche zu Woche den Kohlenpreisen, d. h. dem Sturz der Mark folgen, wenn sie nicht zahlungsunfähig werden wollen. Aber im Laufe der Woche fällt die Mark weiter. Wenn am Montag der neue Strompreis noch genügt, um ein entsprechendes Quantum Kohle zu kaufen, so ist dies am Dienstag gewiß nicht mehr der Fall, und am Sonnabend ist die Kaufkraft der Mark wohl schon auf ein Drittel aus dem Wert gesunken. Dazu kommen noch die großen Verluste aus dem Geldverkehr. Die riesigen Papiergeldströme entwerten sich auf dem Wege vom Kunden zur Hauptkasse. Sie entwerten sich, wenn sie dort gezahlt und gebündelt werden, entwerten sich weiter auf dem Wege zur Bank und während des Zeitraumes, der dort nötig ist, um gutgeschrieben zu werden. Und das nimmt bei Schecks gar mehrere Tage in Anspruch, so daß sie schließlich nur noch einen Bruchteil des ursprünglichen Wertes haben. Das ist aber noch nicht alles. Viele Kunden werden vom Geldheber nicht gleich angetroffen oder können nicht zahlen. Also erneuter Ausfall gleichbedeutend mit Entwertung und Geldverlust. Die Werke sind eben heute in der unglücklichen Lage, gewissermaßen den Buffer zwischen den wahnwitzigen Goldmarkpreisen des Kohlenbergbaus und der in Papiergeld stärker und langsam zahlenden Masse der notleidenden Privatsleute bilden zu müssen.

Fortdauer der Preiskatastrophe.

Die Preiskatastrophe setzte sich mit Beginn des heutigen Markttag fort. Summen, die man noch gestern nicht für möglich gehalten hat, sind heute zur Tatsache geworden. Ungeheuer stark im Preise angezogen haben sämtliche Feinwaren. So wurde amerikanisches Schmalz, das man gestern noch mit 700 bis 800 Millionen Mark handelte, in den Freitagvormittagsstunden mit 1200 Millionen Mark verkauft. Für Brateneschmalz wurden sogar 1400 Millionen gefordert. Naturbutter, die sehr spärlich zu haben ist, stand mit 1700 Millionen zum Verkauf. Margarine ist im Durchschnitt um 200 bis 300 Millionen erhöht worden. Auch die Fleischpreise nahmen an der neuen Preiskatastrophe regen Anteil. Außerordentlich hoch haben sich die Preissteigerungen am Gemüsemarkt ausgewirkt. Kartoffeln sind um mehr als 100 Proz. im Preise gestiegen. Die geringen Zufuhren tragen natürlich zur Verteuerung bei. Das Pfund mußte mit 36 Millionen Mark bezahlt werden. Sämtliche Kohlsorten haben ebenfalls im Preise stark angezogen. Weißkohl und Wirsingkohl wurden mit 50 und Rotkohl mit 60 Millionen Mark das Pfund genannt. Grüne Bohnen kosteten 70 Millionen, während Rohrüben mit „noch“ 35 Millionen Mark zu haben waren.

Das markenfreie Brot 340 Millionen.

Die der Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, kostet vom morgigen Sonnabend ab das markenfreie Brot 340 Millionen, die Schrippe 13 Millionen Mark.

Die verschwundene Braut.

Aufklärung eines unheimlichen Verbrechens.

In einen Schauerroman erinnert die Aufklärung eines Verbrechens, das an einem Mädchen aus der Provinz an einer gewissen Frieda Loose, der Tochter eines Landwirts in der Gegend, in Berlin verübt wurde. Der eigene Bräutigam des Mädchens ist in den Verdacht geraten, bei der Beseitigung seiner Braut die Hand im Spiel gehabt zu haben.

Frieda Loose war seit vier Jahren mit einem Bauernsohn Alfred Weisenburg verlobt. Der Bräutigam hat nun kürzlich den Vater seiner Braut, ihm diese zur Zuhilfe bei der Kartoffelernte in seine Wirtschaft zu geben. Das geschah dann auch. Loose erfuhr nun, daß seine Tochter mit einer Schwester Weisenburgs am Sonntag, den 30. September, nach Berlin gefahren war. Der Bräutigam, der am Montag nachgesehen war, hatte angegeben, daß sie in Berlin Einkäufe machen wollten, um einer Entwertung des Geldes beim Steigen des Dollars vorzubeugen. Frieda Loose kehrte von dieser Fahrt nicht zurück, und ihr Vater konnte von ihrem Bräutigam und dessen Geschwister keine genügende Auskunft über ihren Verbleib erhalten. Deshalb rief er die Kriminalpolizei zu Hilfe, die jetzt ermittelt, daß das vermisste Mädchen tot und bereits am 5. Oktober auf dem Zwölf-Apostel-Friedhof beerdigt worden war. Die Beidtragenden, der Bräutigam, sein Bruder und seine Schwester, wurden noch in einer Wohnung in Wilmersdorf angetroffen, wo das Mädchen gestorben war. Wie die Ermittlungen ergaben, war Frieda Loose bei einer Kartenlegerin in der Wallstraße zu Charlottenburg gewesen, die sich auch mit unerlaubten Eintritten gegen das fremde Leben besetzt. An einem solchen rohen Eingriff war das Mädchen gestorben. Die Instrumente hatte die Kartenlegerin beseitigt, sie wurden aber von den Beamten in einem Versteck auf dem Boden des Hauses gefunden. Alfred Weisenburg, der nach diesem Ausgang des Eingriffes wieder nach Berlin gekommen war, hatte vorher seine Braut auf dem zuständigen Polizeibureau angemeldet. Jetzt zeigte er ihren Tod an und wendete sich an ein Erziehungsinstitut, das ihm dann die zur Befestigung erforderlichen Papiere vom Standesamt besorgte. Die Leiche wurde in der Wohnung in Wilmersdorf, wohin das Mädchen nach dem verhängnisvollen Eingriff von der Befragung der Kartenlegerin aus gebracht worden war, eingelagert und auf dem Apostel-Friedhof beerdigt, wo Weisenburg eine Grabstelle erworben hatte. Alle beteiligten Personen, die Kartenlegerin, die Wohnungsinhaberin, die beiden Weisenburgs und seine Schwester wurden verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Nur der Bräutigam wurde wieder auf freiem Fuß gesetzt. Es besteht der Verdacht, daß Alfred Weisenburg seine Braut der Kartenlegerin in die Hände geliefert hat, um sie zu beseitigen. Der Kriminalpolizei liegt noch sehr daran, zu ermitteln, wo überall Frieda Loose und die anderen sich vom 1. bis 5. Oktober in Berlin aufgehalten haben. Mithilfen nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße entgegen.

Vierzehntägige Ablefungen.

Die städtische Werksdeputation beschäftigte sich heute morgen mit den in der gestrigen Stadtordeinerungsversammlung als Material überwiesenen Anträgen. Die Deputation beschloß nach einem Bericht der Direktion vor der in Aussicht genommenen acht-tägigen Einkassierung der Tarife Abstand zu nehmen. Es soll bei der vierzehntägigen Einkassierung bleiben und dafür nur den Konsumenten das Recht gewährt werden, bei der Bezahlung an Kassierer den Betrag eines Wochenkonsums voranzuzahlen. Nach einer Statistik, welche sich auf je tausend Konsumenten und neun Verwaltungsinspektionen in verschiedenen Stadtteilen erstreckt, hat sich herausgestellt, daß bei der vierzehntägigen Ablefungsfrist 15 Proz. der Abnehmer keinen Verbrauch hatten, 12 Proz. einen solchen von 1 Kubikmeter, 19 Proz. von 2 bis 3 Kubikmeter, 33 Proz. von 4 bis 10, 16 Proz. von 10 bis 100 und 5 Proz. über 100 Kubikmeter. Es würde also die acht-tägige Kassierung bei etwa 50 Proz. der Konsumenten bedeuten, daß ein Kassierer gar keinen oder nur einen ganz geringen Verbrauch zu registrieren und einzulassen hätte. Um aber der schmerzlichen Lage der Konsumenten entgegenzukommen, soll, wie auch bei der Gasbetriebsgesellschaft, die Möglichkeit der Vorauszahlung eines Wochenkonsums direkt an die Kassierer von jezt ab eingeführt werden. Im übrigen wurde auch für die Wasserwerke beschlossen, zur vierzehntägigen Einkassierung überzugehen. Von besonderer Wichtigkeit für die Konsumenten ist der nochmals erneuerte Beschluß der Deputation, daß dieselben verpflichtet sind, sich genau an die vierzehntägige Ablefung zu halten. Wenn also aus irgendeinem Grunde der Abnehmer in Zukunft die vierzehntägige Frist überschreitet, so sind die Konsumenten berechtigt, den Tarif zu bezahlen, den sie bei genauer Innehaltung der Ablefungsfrist zu bezahlen hätten.

Wechsellouren der Gaskassierer.

Die mit der Einziehung der Gasgebühren beauftragten Angehörigen der Gaswerke, natürlich auch der Elektrizitätswerke, machen nach einseitig bürokratischem Muster immer die gleiche Tour. Infolgedessen hat die größere erste Hälfte der Verbraucher stets den Vorzug, Gas und Strom bedeutend billiger zu bezahlen als die zweite Hälfte, deren „Stichtag“ kurz hinter einer neuen Preisfestsetzung liegt. Dieser Mißstand ist sehr einfach durch Umwecheln der Touren zu beseitigen, womit schon einem erheblichen Teil der Erbitterung des Publikums über die rigorosen Registriermaßnahmen der Boden entzogen wäre. Einzelne Einziehungsbeamte haben diesem durchaus berechtigten Wunsch des Publikums schon entsprochen. Es scheint aber noch die allgemeine Anweisung zu fehlen. Inzwischen hat eine Abteilung des Amtsgerichts Neukölln eine Klage wegen der gegenwärtigen Gaspreiseinziehung zugunsten des Magistrats entschieden.

Mordprozess Mischke.

In der fortgesetzten Beweisaufnahme wurde eine Reihe Zeugen über das Verhältnis des Angeklagten Mischke zu seinem Sohn vernommen. Von besonderem Interesse war die Vernehmung der jetzt geschiedenen Ehefrau des Angeklagten, die ihren Mann am 4. April vorigen Jahres, also genau einen Monat vor der Mordtat, verlassen hatte. Die Zeugin befand sich, daß Mischke zwei Tage nach der Tat am 5. Mai zu ihr gekommen sei und plötzlich laut geworden und erklärt habe, er hätte Alwin an einen Landwirt verkauft, der sich bereit erklärt habe, den Jungen als eigenes Kind anzunehmen, aber zur Bedingung machte, daß der Vater nicht wissen dürfe, wohin das Kind läme. Die unausgesprochenen Nachforschungen der Mutter hatten schließlich den Erfolg, daß sie die aus dem Letzomanaus gelangende Leiche als die des Vermissten feststellen konnte. A. A. Dr. Brandt: War der Angeklagte zu dem Kind gut? — Zeugin: Ja, aber er war auch jähornig und hat ihn manchmal hart getraut. — Vorl.: Ihr Mann hat Sie doch noch am 3. Mai gebeten, den Jungen bei sich aufzunehmen und Sie haben sich geweigert. — Zeugin: Das ist richtig. Er sagte, er wolle nicht, wohin er mit dem Jungen solle. — A. A. Dr. Brandt: hing der Junge an dem Vater? — Zeugin: Ja, sie hielten beide sehr zusammen.

Die Straßenbahn wieder voran!

Die neuesten Tarifserhöhungen der Stadtbahn und der Hochbahn sind im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt worden. Auch die Direktion der Straßenbahn hat ihre Tarifserhöhung jetzt fertig; von Sonnabend ab kostet der Fahrchein 20 Millionen Mark. Hiermit übertrifft die Straßenbahn die Hochbahn und auch die Stadtbahn. Umsteigefahrcheine zur Hochbahn sollen 30 Millionen kosten, für Kinderfahrcheine sind 10 Millionen festgesetzt. Monatskarten kosten für eine Linie 14 Millionen, für zwei 1,6 Milliarden, für drei Linien 2 Milliarden, für alle Linien 3 Milliarden.

Messerketzerei eines Trunkenboldees.

Eine fürchterliche Familientragödie spielte sich in der vergangenen Nacht im Hause Kochmannstr. 36 ab. Hier war der 49 Jahre alte Bergolber Josef Erber im betrunkenen Zustande nach Hause gekommen und hatte mit seiner Ehefrau einen heftigen Streit angefangen. Als er zu Tätlichkeiten überging und seine Frau an den Haaren durch die Stube schleifte, sprangen seine drei Kinder dazwischen. In seiner Wut zog Erber ein Messer und stach blindlings auf seine Kinder ein. Die Tochter Helwig trug Verletzungen an der Brust und an der rechten Hand, der Sohn Alfred am linken Oberschenkel davon. Beide wurden nach der nächsten Rettungsstelle geschafft. Der 19jährige Hermann erlitt durch Messerketzerei am Unterleib sehr schwere Verletzungen. Auf das Geschrei der Familienmitglieder alarmierten Hausbewohner das Ueberfallkommando Friedrichshain, das auch sofort einen Lastkraftwagen mit mehreren Beamten an den Tatort entsandte. Nachbarnsleute hatten insulischen Erber überwältigt und ihn nach dem 68. Polizeirevier gebracht. Die Polizeibeamten verurteilten vergeblich, zwei in der Nähe wohnende Ärzte herbeizurufen, sie mußten schließlich den schwer verletzten Hermann Erber auf ihren Wagen nehmen und ihn so nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain transportieren. Hier ist er sofort operiert worden. Erber wurde dem Polizeipräsidium zugeführt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Der „rote Schneider“, Revolver Str. 17, begeht heute in feisterer Frische seinen 70. Geburtstag, nachdem er im vorigen Jahre sein 50jähriges Parteijubiläum feierte. Die alten Genossen aus dem früheren 4. Berliner Reichstagswahlkreis, dem er jahrelang als Vorhänger vorstand, werden sich des wackeren Mann im wallenden roten Barock noch gut erinnern. Dem Vertrauen seiner Genossen getragen, wirkte er viele Jahre im Berliner Stadtordeinerungsparlament als Vertreter der Berliner Arbeiterschaft. Nach dem Zusammenbruch Groß-Berlins verzichtete er auf eine Wiederaufstellung als Stadtordeinerungsmitglied. In der Vorwärts-Buchdruckerei, in der er fast zwei Jahrzehnte als Leiter der Buchdruckabteilung wirkte, wirkt unter Genossen noch heute in vorbildlicher Pflichttreue.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst neue Trübung mit Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Später bei stärkeren westlichen Winden unbedeutendes Wetter; Temperaturen wenig geändert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Berlin. Sonnabend, den 12. 1 Uhr. Sitzung des erweiterten Vorstandes an bekannter Stelle.

